

21/11. 1915

Die Apprōvisionierungsfragen.

Wien, 20. November.

Der Führer der fortschrittlichen Gemeinderatspartei über Apprōvisionierungsfragen.

In einer dieser Tage in Kupperts Restauracion im Kaufmännischen Verein unter Vorsitzen des Obmannes Konstantin Rose abgehaltenen Versammlung des Vereines der Fortschrittsfreunde sprach der Obmann des Bandes der freiheitlichen Gemeinderäte Dr. Hein in einem Referat die wichtigsten Apprōvisionierungsfragen und führte aus, daß der von den angeblichen Vorlämpfern der Zivilisation und Kultur mit zynischer Offenheit angekündigte Plan der wirtschaftlichen Aushungierung der Zentralmächte wohl heute schon als gescheitert betrachtet werden kann. Nun auf der einen Seite durch die Abperrungsmaßregeln Deutschland mehr betroffen wurde, weil es einen Kolonialbesitz und eine sehr große Ausfuhr zu verlieren hatte, so sind auch anderseits in Österreich die ohnedies höheren Lebensmittelpreise prozentuell um mehr als das Doppelte verteuert worden als in Deutschland. Als Gründe für diese Erscheinung sind anzuführen: Die höhere Entwicklung der deutschen Landwirtschaft, bei welcher sich zum Beispiel der Bestand an Schweinen von 1892 bis 1915 von 12 Millionen auf 25 Millionen Stück gesteigert hat, die strammre Organisations, die auch im Frühen bestehenden großen Rückständigkeiten in der Apprōvisionierung der österreichischen Städte.

So war die Berliner Stadtverwaltung in der Lage, Geflüsterfleisch in den Kühlhäusern auf-

zubewahren und im Sommer durch den Verkauf desselben die Preise herabzudrücken, während in Wien erst jetzt ein großes Kühlhaus im Bau begriffen ist. Bei allen Maßregeln zur Verbesserung der Apprōvisionierung sind langwierige Verhandlungen mit Ungarn notwendig. Deshalb ist die von uns verlangte Aufhebung der Zölle erst zu einer Zeit erfolgt, als diese Maßregel fast keinen Wert mehr hatte. Die Einführung von Höchstpreisen bei Getreide habe infolge des Einhältnisses zu Ungarn keine rechte Wirkung gehabt und die ganze Höchstpreispolitik in Mifkredit gebracht. Redner besprach ferner die Teuerung einzelner Lebensmittel und die Mehrlangen Anstellung, um ein Kilo Mehl zu erhalten, für unhaltbar. Die Art der Mehldistribution bedürfe dringend einer Reform.

Auch die Erhöhung der Brot- und Mehlration wäre dringend notwendig. Man müsse alle Energie aufwenden, um über die Einführung von Höchstpreisen bei den wichtigsten Lebensmitteln eine Einigung mit Ungarn herbeizuführen. Das Beispiel Deutschlands beweist, daß man auch bei Artikeln, in welchen groÙe Knappheit herrscht, Höchstpreise einführen kann, weil ja das Gesetz von Angebot und Nachfrage durch die Beschlagnahme außer Kraft gesetzt wird. Trotz der Mängel der Verordnung über die Höchstpreise der Kartoffel hat die Regierung in dieser Frage im Prinzip Recht behalten, weil ohne die Verordnung trotz der guten Kartoffelernte die Kartoffeln teurer wären als heute.

Unsere Partei, erklärte Redner, welche seit jeher mit aller Entschiedenheit für die Interessen der städtischen Konsumanten eintrat, tritt auch heute programmatisch dafür ein, daß das Beispiel des Deutschen Bundesstaates, welcher daran geht, durch eine energische Höchstpreispolitik verbunden mit Anzeigepflicht, Beschlagnahme und Berechtigungskarten der Teuerung Schranken zu setzen, mit den durch die Verhältnisse gebotenen Modifikationen auch in Österreich befolgt werde. Die städtische Bevölkerung Österreichs kann verlangen, daß Österreich und Ungarn nicht nur auf den Schlachtfeldern gemeinsam kämpfen, sondern auch gegenüber dem Ausungerungsplan gemeinsam führen. (Lebhafte Beifall.) Reichsratsabgeordneter Friedmann erörterte die Notwendigkeit der Zentralisierung der Apprōvisionierungsmaßregeln.

Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, betonte Gemeinderat Dr. Hein in seinem Schlusssorte, daß sämtliche an der Apprōvisionierung beteiligten Faktoren Hand in Hand arbeiten müssen. Beim Bestande einer Zentralstelle hätte die Wiener Gemeindeverwaltung beim Ankauf von Kartoffeln nicht bedeutende Verluste gehabt. Sie wäre auch über die Apprōvisionierungsverhältnisse in Russisch-Polen besser informiert gewesen, als dies tatsächlich der Fall war.